

Deutschlandpolitik der Westmächte

Konrad Adenauer wirft in seinen Erinnerungen über die unmittelbare Nachkriegszeit den Westmächten einerseits vor, Bestrafung und Entmachtung Deutschlands in ihrer Politik in den Vordergrund zu stellen, andererseits aber eine unklare und uneinige Politik zu verfolgen und die Konsequenzen dieser Politik nicht zu sehen.

Seine **Kritik** ist generell gesehen insofern angebracht, als sich die Alliierten - also die Westmächte und die Sowjetunion - um so einiger waren, was das Vorgehen in Deutschland anging, je gröber und globaler die Ziele formuliert waren. Das beste Beispiel hierfür ist der Begriff „Demokratisierung“ aus dem Potsdamer Protokoll, den alle akzeptierten, aber etwas anderes darunter verstanden.

Was die **Politik der Westmächte** angeht, ist Adenauer insofern recht zu geben, als die Niederwerfung und Bestrafung Deutschlands sowohl formuliertes Kriegsziel der Alliierten (Casablanca-Konferenz, Januar 1943: „Unconditional Surrender“) als auch Maxime der Direktive JCS 1067 des Amerikanischen Besatzungsregimes vom April 1945 (*„Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat.“*) war. Ausdruck dieser Politik ist die Aufteilung in Besatzungszonen und die Potsdamer Vereinbarung über Entmilitarisierung, Demontage, Entnazifizierung und Demokratisierung. Damit hören aber die Gemeinsamkeiten bereits auf. Frankreich, das in Potsdam noch nicht vertreten war, konnte sich diesen formelhaften Kompromissen nur unter Vorbehalten anschließen.

Besonders die **französische Politik** war in den ersten Nachkriegsjahren sehr stark auf eine dauernde Schwächung Deutschlands aus. Waren sich Briten und Amerikaner schnell darüber im klaren, dass eine Teilung Deutschlands über die Organisation der Besatzungszonen hinaus keine politischen Vorteil, sondern nur neue Probleme brächte, forderte die französische Regierung zunächst eine Pufferzone und wollte das Ruhrgebiet unter internationaler Kontrolle sehen. Dem zufolge war sie es auch, die eine einheitliche Politik der Westalliierten gegenüber den drei Westzonen verhinderte - und arbeitete so im Grunde mit der Sowjetunion zusammen gegen einen schnellen Aufbau staatlicher Einheit. Dies zeigte sich im Hungerwinter 1945/46, als der US-Militärgouverneur Lucius D. Clay die rasche Herstellung der (im Potsdamer Protokoll vorgesehenen) wirtschaftlichen Einheit Deutschlands forderte, um Nahrungsmittel- und Energieversorgung sicherzustellen. Die dazu notwendige Errichtung deutscher Zentralinstanzen scheiterte aber am Widerstand Frankreichs und der Sowjetunion.

So war auch die Rede, die US-Außenminister **Byrnes** am 6. September 1946 in Stuttgart vor dem Länderrat der amerikanischen Zone hielt und in der er als Alternative zur Herstellung der völligen wirtschaftlichen Einheit eben die „*größtmögliche Vereinigung*“ als Ziel nannte, nicht nur an die Adresse der Sowjetunion, sondern auch an die Frankreichs gerichtet.

Von den nachhaltig wirkenden Divergenzen in der Deutschlandpolitik der Westalliierten sei hier nur noch die **Demontagepolitik** erwähnt, die drei Ziele verfolgte: Zerstörung des kriegswichtigen Potenzials, Schwächung Deutschlands und Reparationen

zum Ausgleich der Kriegsschäden. Auch hier lagen die Interessen z.B. der USA und Frankreichs auf unterschiedlichen Ebenen. Die USA - und in ihrem Gefolge Großbritannien - sahen sehr schnell die Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft durch den Verzicht auf Reparationen und umfangreiche Demontagen wieder aufzubauen, um den Westzonen zu politischer Stabilität zu verhelfen.

In dieses Thema greifen die unterschiedlichen Interessen bezüglich des Ruhrgebiets, das die britische Besatzungsmacht - im Einvernehmen mit den USA - nicht nur vor sowjetischen, sondern auch vor französischen Ansprüchen schützen wollte.

Ebenso ausgeführt werden könnten die unterschiedlichen Vorstellungen über die staatliche Struktur oder das unterschiedliche Vorgehen bei der Entnazifizierung.

Schließlich aber muss auch darauf verwiesen werden, dass innerhalb der Westmächte auch zwei **grundsätzlich divergierende Ansichten** konkurrierten: Das war die vor allem von Präsident Roosevelt verfochtene Idee, gemeinsam mit der UdSSR innerhalb der „Vereinten Nationen“ eine Friedensordnung aufzurichten, während Churchill, sein Nachfolger Attlee und Berater des Präsidenten wie der amerikanische Diplomat George F. Kennan eher die Sowjetunion als Träger ideologischer und territorialer Aggressivität einstufte. Kennan hielt es für „einen Wahn“, gemeinsam mit Stalin die Welt regieren zu wollen.

Der letzte Punkt von Adenauers Einschätzung, dass es den Westmächten an einer klaren **Zukunftsperspektive** für die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der Nationen gefehlt habe, ist gerade unter diesem letzten Aspekt zu sehen. Die französische Regierung war noch zu sehr im Trauma der Niederlage gegen Hitlerdeutschland befangen, als dass sie weitreichende Perspektiven für eine Nachkriegsordnung hätte entwickeln können, die Deutschland in den Westen integrierte. Das schaffte erst der französische Außenminister Schuman im Frühjahr 1950 mit dem nach ihm benannten „Schumann-Plan“.

Da der Adenauer-Text nicht genauer datiert ist, lässt sich nicht sagen, in welchem Verhältnis er zu der „Speech of hope“ des amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart vom 6. September 1945 steht, in der erstmals klare Zukunftsperspektiven formuliert werden.

Adenauer meint in seinen Erinnerungen, die Westmächte hätten keine klare Konzeption für Deutschland gehabt und auch keine Zukunftsperspektive. Da es „die Westmächte“ bis zum Ausbruch des Kalten Krieges nicht gab, ist ihm einerseits recht zu geben, andererseits bleibt diese Verallgemeinerung zu kritisieren. Wer eine klare Zukunftsperspektive für Deutschland hatte, war die amerikanische Regierung: die Perspektive bestand darin, Deutschland nicht dem sowjetischen Einfluss preiszugeben. Wenn nicht eine westlich-demokratische Ordnung in ganz Deutschland eingeführt werden konnte, dann doch immerhin in den westlichen Besatzungszonen.